



16. April 2021

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Verständliche und bundeseinheitliche Notbremse**
- **Unsere Finanzpolitik gegen die Krise**
- **Sichere Medizinprodukte**
- **Die Woche im Deutschen Bundestag**
- **Bilder der Woche**

Verständliche und bundeseinheitliche Notbremse

Im Bundestag haben wir in dieser Woche über neue Regeln im Infektionsschutz debattiert. Die bundeseinheitliche Notbremse soll ab einer Sieben-Tage-Inzidenz von 100 greifen. Sie umfasst eine nächtliche Ausgangssperre und die Schließung der meisten Geschäfte.

Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache: Die dritte Welle der Corona-Pandemie bringt hohe Inzidenzwerte und immer mehr Patienten in die Intensivstationen der Krankenhäuser. Die Pandemie kennt weder Länder- noch Kreis- oder Stadtgrenzen, daher haben sich Bund und Länder darauf verständigt, das Infektionsschutzgesetz zu ergänzen. Es werden rechtssichere, verständliche und bundeseinheitliche Maßnahmen festgelegt, wenn die Inzidenz von 100 überschritten wird. Ist das der Fall, gelten überall die gleichen Regeln für Ausgangsbeschränkungen ebenso wie für private Treffen. Das sind harte Einschnitte, aber es geht darum, uns alle vor dieser Krankheit zu schützen.



Auf viele Menschen wirkt die Corona-Pandemie wie die Stunde der Exekutive. Diesem Eindruck stemmen wir uns entgegen. In den Verhandlungen mit der Union konnten wir durchsetzen, dass Rechtsverordnungen der Bundesregierung nicht gegen den Willen des Bundestages erlassen werden können.

Der Gesetzentwurf wurde am Freitag erstmals im Bundestag beraten, im Anschluss soll er im Gesundheitsausschuss und in einer Anhörung Thema sein. In der kommenden Woche soll das Gesetz dann im Bundestag beschlossen werden.

Wir wollen dafür sorgen, dass Deutschland insgesamt einheitlich vorgeht und Rechtssicherheit herrscht. Viele Bürger beklagen zu Recht, dass es an Klarheit mangelt.

Wir müssen vor allem jetzt mit dem Impfen Woche für Woche so gut voranzukommen, dass wir im Sommer die Pandemie endlich hinter uns lassen können. Dafür ist es aber auch nötig, dass die Zahl der Neuinfizierten nicht zu stark steigt und uns einen Strich durch die Rechnung macht. Deshalb müssen wir jetzt entschlossen handeln.

Unsere Finanzpolitik gegen die Krise

Wir haben viel Geld in die Hand genommen, um der Pandemie und ihren Folgen mit ganzer Kraft entgegenzutreten. Aufgrund des länger andauernden Lockdowns sieht der Entwurf für den Nachtragshaushalt 2021 zusätzliche Mittel von rund 60 Milliarden vor. Warum müssen wir so hohe Schulden machen? Und vor allem: Was passiert, wenn die Schulden nach der Pandemie zurückgezahlt werden müssen?

Die zusätzlichen Mittel werden zur Bekämpfung des Virus, zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zum Erhalt des sozialen Zusammenhalts in unserem Land eingesetzt. Wir können es uns nur deshalb leisten, jetzt Geld in die Hand zu nehmen, weil wir in den vergangenen Jahren unter Olaf Scholz solide gewirtschaftet haben. Durch das Kurzarbeitergeld haben wir den Beschäftigten Sicherheit gegeben und den Wirtschaftseinbruch sozial abgefedert. So haben wir auch viele Unternehmen vor der Pleite bewahrt.

Unsere Aufgaben sind nun dreierlei: Wir müssen erstens die Gesundheit der Bürger schützen, wir müssen zweitens die Wirtschaft stabilisieren und drittens die Weichen für die Zukunft stellen.

Der Nachtragshaushalt enthält Mehrausgaben beim Bundesgesundheitsministerium in Höhe von 8,7 Milliarden Euro, davon 6,2 Milliarden Euro für die Beschaffung von Impfstoffen. Für die wirtschaftliche Bewältigung der Pandemie sind weitere Hilfen in Höhe von 25,5 Milliarden Euro für Unternehmen und Selbstständige vorgesehen.

Damit stehen im Jahr 2021 insgesamt 65 Milliarden Euro für Wirtschaftshilfen zur Verfügung, die Unternehmen und damit auch Arbeitsplätze sichern.

Gerechte Steuerpolitik

Im Spätsommer, wenn die meisten Menschen geimpft sind, werden wir schrittweise zum normalen Leben zurückkehren können. Wir müssen aber dafür sorgen, dass die finanziellen Lasten der Krise sozial gerecht verteilt werden.



Einkommen und Vermögen sind in Deutschland ungleich verteilt. Diese Ungleichheit ist gerade in dem letzten Jahr der Pandemie noch größer geworden. Inzwischen besitzen 10% der reichsten Haushalte über 60% des Vermögens. Das gefährdet den sozialen Zusammenhalt in Deutschland.

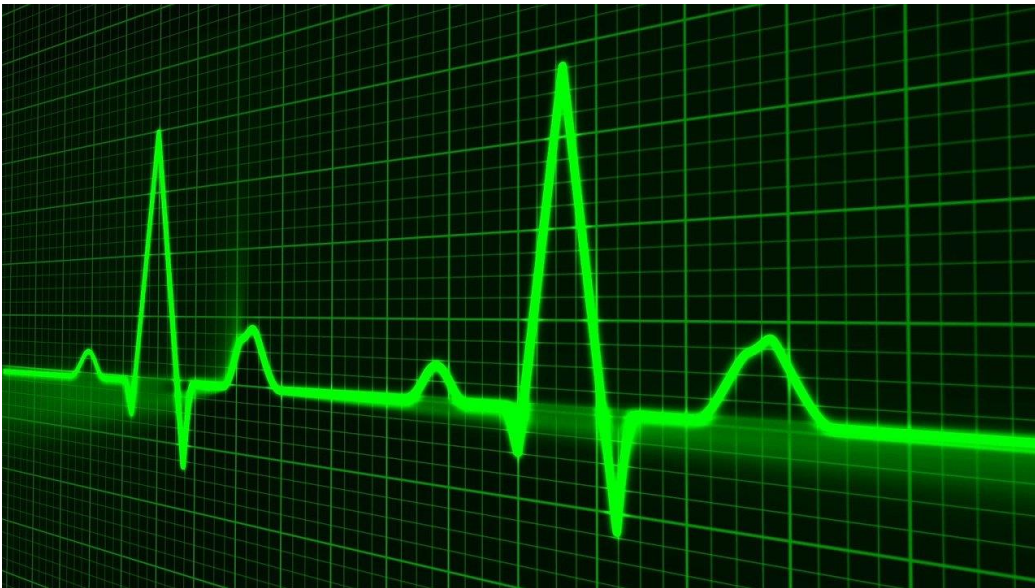
Deshalb brauchen wir eine gerechte Steuerpolitik die verhindert, dass die Schere zwischen Arm und Reich bei uns in Deutschland immer größer wird. Seit langem setzen wir uns mit Olaf Scholz an der Spitze für eine weltweite Mindestbesteuerung von Unternehmen ein, um Steuerdumping zu bekämpfen.

Wir wollen auch, dass sich die Konzerne wie Amazon endlich angemessen an der Finanzierung unserer Schulen, Kindergärten und Straßen beteiligen müssen. Sie erzielen Milliardengewinne und zahlen kaum Steuern.

Die, die an der Krise verdienen, dürfen nicht nur in Luxemburg, Irland oder in der USA, sondern auch in Deutschland Steuern zahlen. Deshalb ist die Digitalsteuer wichtig, damit dort, wo die Gewinne erwirtschaftet werden, auch Steuern fließen.

Sichere Medizinprodukte

Sichere Medizinprodukte können Leben retten – gerade und vor allem auch in Pandemiezeiten. Die Zertifizierung von Medizinprodukten erfolgt über das Medizinprodukterecht-Durchführungsgesetz sowie ab Mai 2021 über die EU-Medizinprodukte-Verordnung. Der Bundestag hat jetzt Medizinprodukterecht reformiert.



Ziel der Reform ist ein reibungslos funktionierender Binnenmarkt für Medizinprodukte mit hohen Qualitäts- und Sicherheitsstandards.

Medizinprodukte werden heute

vermehrt im Internet erworben. Für die Überwachung von Produkten im Online-Handel sind künftig die Landesbehörden zuständig, in welche das Produkt geliefert wurde.

Und auch den Umgang mit implantierten Produkten wie beispielsweise Hüftgelenken nimmt das Gesetz in den Blick.

Jede Nachfolgeuntersuchung, bei der unter Umständen die Implantate beschädigt oder entsorgt werden, bedarf künftig der Zustimmung der Patienten. Damit werden deren Rechte bei möglichen Schadensersatzansprüchen gestärkt.

Neben technischen Aspekten, die sich durch den verzögerten Geltungsbeginn der EU-Medizinprodukte-Verordnung ergeben, zielt das Gesetz darauf ab, das Prüfverfahren von Produkten zu vereinfachen.

Die Woche im Deutschen Bundestag

Kinderrechte ins Grundgesetz

Bisher haben Kinder im Grundgesetz keine besonderen Rechte.

Das wird dem Anspruch, dass Kinder auch in der Besonderheit ihrer Lebensphase gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft sind, nicht gerecht. Mit unserem Gesetzentwurf, der diese Woche erstmalig beraten wurde, wollen wir die Kinderrechte daher explizit im Grundgesetz verankern. Das hat nicht nur eine starke Signalwirkung, sondern verbindliche Auswirkungen auf Gerichte, Verwaltungen und sämtliche staatlichen Entscheidungen, bei denen Kinder betroffen sind. Sie sind keine kleinen Erwachsenen, sondern müssen besonders geschützt, gefördert und ernst genommen werden.

**Wir bringen die
Kinderrechte ins
Grundgesetz!**

SPD
Fraktion im
Bundestag

Recht und Verbraucherschutz im Bundestag

- **Besserer Anlegerschutz:** Informationen zu Vermögensanlagen und Wertpapieren sollen künftig zentral und transparent zugänglich gemacht werden. Anlageberater und Finanzanlagevermittler werden strenger beaufsichtigt und besonders riskante Formen von Anlageobjekten verboten.
- **Mietspiegel wird gestärkt:** Künftig soll der Bund Mindeststandards für qualifizierte Mietspiegel festlegen, um diesem mehr Rechtssicherheit zu geben. Außerdem soll der Betrachtungszeitraum des Mietspiegels um ein weiteres Jahr auf bis zu 3 Jahre verlängert werden, um das Mietniveau gerade in Gegenden mit stark steigenden Mieten besser abzusichern.
- **Insolvenzschutz bei Pauschalreisen:** Als Konsequenz aus der Insolvenz von Thomas Cook im September 2019 und dem Einspringen des Staates bei der Entschädigung betroffener Reisekunden soll ein Reisesicherungsfonds etabliert werden, in den Anbieter von Pauschalreisen einzahlen – und zwar abhängig von ihrem Umsatz. Für Kleinstunternehmen soll es Ausnahmen geben.

- **Konsequente Strafverfolgung im digitalen Raum:** Nicht nur wer eine Straftat im Internet begeht, sondern auch wer die entsprechenden Plattformen betreibt und entsprechende Server-Infrastrukturen bereitstellt, soll mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft werden können.

Ressourcen schonen durch gezielte Sammlung von Elektroaltgeräten

Durchschnittlich 749.000 Tonnen Elektro-Schrott fallen jedes Jahr in Deutschland an. Viel davon landet im Restmüll oder auf illegalen Müllhalden in Osteuropa, Asien oder Afrika.

Um mehr alte Handys, Kühlschränke oder Computer umweltschonend zu entsorgen, muss die Sammlung der Altgeräte verbessert werden. Die europaweit vorgegebene Sammelquote von 65 Prozent erreicht Deutschland nicht – wir liegen bei nur 43,1 Prozent. Deswegen wird nun auch der immer wichtiger werdende Handel im Internet einbezogen.

Von nun an müssen Online-Händler bei jedem Neukauf von Elektrogeräten eine kostenlose Abholung der alten Geräte anbieten. Zudem dürfen ausländische Geräte nur dann angeboten werden, wenn der Hersteller ordnungsgemäß in Deutschland registriert ist und den Regeln zur Entsorgung von Altgeräten nachkommt.



Bilder der Woche

Impfstoff von AstraZeneca ist jetzt auch für Männer über 60 Jahre vorgesehen

Insbesondere in Berlin können über 60-jährige nun ihre Erstimpfung mit AstraZeneca erhalten.

Auch Edgar Franke hat als Ü60-Jähriger seine Erstimpfung mit AstraZeneca bekommen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass die niedergelassenen Ärzte noch mehr Impfstoff erhalten.

Internationale Konferenz in Berlin

Wie können wir die Betroffenen von grenzüberschreitendem Terrorismus besser unterstützen? Das war das Thema der internationalen Konferenz, die Edgar Frankes Opferbeauftragten-Geschäftsstelle im BMJV mit dem Europarat organisiert hat.

Edgar Franke betonte auf der Konferenz, dass Terror keine Ländergrenzen kenne. Deswegen sei ein Netzwerk zentraler Kontaktstellen auf europäischer und internationaler Ebene so wichtig.



Raphael Neidhardt beendet Praktikum



Am 23. April schließe ich mein Praktikum ab, das ich seit dem 1. März bei Esther Dilcher im Bundestagsbüro absolviere. Das Praktikum war eine große Chance für mich. Ich konnte mich in der parlamentarischen Berufswelt versuchen und meine Studienkenntnisse in der Arbeit für den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz anwenden. Die Fraktionsarbeit mit der Ausschussvorbereitung sowie die Organisation des Bundestagsbüros konnte ich mitverfolgen und in kleinem Maße auch dazu beitragen. Auf der anderen Seite konnte ich den Bundestag und seine vielen Gebäude und Büros erkunden, mir die Sitzungssäle anschauen, die Kuppel und das Plenum besuchen. Ein absolutes Highlight war die Regierungsbefragung, in der Frau Kanzlerin Angela Merkel ihren Fehler bei der Osterruhe einräumte, bei der ich in der Besuchertribüne sitzen konnte.

Ich bin sehr dankbar, dass Esther Dilcher und ihr Büroteam aus Berlin mir diese Einblicke ermöglicht hat und ich werde sehr zufrieden und mit viel neuer Erfahrung wieder zum Studium nach Köln zurückfahren. Vielen Dank an alle!

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:
Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Sharepics der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 4 Image by [Gerd Altmann](#) from [Pixabay](#), Seite 5 Image by [PublicDomainPictures](#) from [Pixabay](#), Seite 6 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 7 Edgar Franke, Seite 8 Edgar Franke (oben) und Esther Dilcher (unten).

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.